

Pensionskasse PANVICA

(proparis Vorsorge-Stiftung Gewerbe Schweiz)

VORSORGEREGLEMENT 2017

Erster Teil: Vorsorgeplan R / RU

Für die in den Allgemeinen Bestimmungen des Vorsorgereglements umschriebene berufliche Vorsorge im Rahmen des BVG gilt ab 1. Januar 2017 für alle im Plan BR(U), CR(U) und IR(U) (Weitergehender Vorsorgeplan) versicherten Personen nachstehender Vorsorgeplan.

Die Allgemeinen Bestimmungen (zweiter Teil des Vorsorgereglements) können beim Arbeitgeber bzw. bei der Durchführungsstelle der Pensionskasse eingesehen bzw. angefordert werden.

Pensionskasse PANVICA
Talstrasse 7
Postfach 514
3053 Münchenbuchsee
Tel. 031 388 14 88
Fax. 031 388 14 89

Alle Personen- und Funktionsbezeichnungen in diesem Reglement gelten gleichermassen für beide Geschlechter.

Die reglementarischen Bestimmungen gehen grundsätzlich den Angaben auf dem Persönlichen Ausweis (zahlenmässige Kontrolle des reglementarischen Anspruchs in einem gewissen Zeitpunkt) vor.

Massgebend ist der deutsche Text des Reglements.

1. Kreis der versicherten Personen

(vgl. Ziff. 2.1 der Allgemeinen Bestimmungen)

Nach diesem Reglement versichert werden können

- die Mitglieder (Selbständigerwerbende) der in den Allgemeinen Bestimmungen aufgeführten Verbände,
- die Arbeitnehmer der Mitgliedfirmen, welche eine Beitrittsvereinbarung zur Pensionskasse unterzeichnet haben.

2. Berechnungsgrundlagen

(vgl. Ziff. 3 der Allgemeinen Bestimmungen)

A Pensionsalter

Das Pensionsalter entspricht dem ordentlichen Rentenalter nach BVG.

B Versicherter Lohn

Der versicherte Lohn ist Grundlage für die Beitragsfestsetzung und die Berechnung der Vorsorgeleistungen.

Als versicherter Lohn gilt:

- für Arbeitnehmer: der von der Mitgliedfirma gemeldete Jahreslohn bzw. Lohnanteil, im Minimum Fr. 6'000.--, im Maximum der AHV-pflichtige Jahreslohn;
- für Selbständigerwerbende: das gemeldete Jahreseinkommen bzw. der gemeldete Einkommensteil, der jedoch so zu wählen ist, dass der vom Verband festgelegte Mindest-Vorsorgebeitrag erreicht wird, im Maximum das durchschnittliche AHV-pflichtige Jahreseinkommen.

Änderungen des versicherten Lohnes können auf jeden 1. Januar vorgenommen werden.

Ist in Ziff. 2. B Vorsorgeplan vom AHV-pflichtigen Jahreslohn die Rede, und ist die versicherte Person nicht während des ganzen Jahres versichert (z.B. unterjähriger Beginn bzw. unterjähriges Ende des Arbeitsverhältnisses), so entspricht der AHV-pflichtige Jahreslohn jenem AHV-pflichtigen Lohn, den die versicherte Person bei ganzjähriger Beschäftigung mit gleichem Beschäftigungsgrad erzielt hätte.

C Unbezahlter Urlaub

Bei einem unbezahlten Urlaub von höchstens 6 Monaten kann auf Antrag der versicherten Person und des Arbeitgebers und mit dem dafür vorgesehenen Formular die Versicherung bis zu 6 Monate weitergeführt werden.

Der Arbeitgeber ist auch in diesem Fall Beitragsschuldner und hat die Risiko- und Verwaltungskostenbeiträge gemäss Beitragsrechnung zu entrichten. Er kann den Betrag ganz oder teilweise auf die versicherte Person überwälzen.

Ohne Weiterführung der Risikoversicherung besteht der Versicherungsschutz noch während des ersten Monats des Urlaubs weiter.

3. Vorsorgeleistungen

(vgl. Ziff. 5 – 8 der Allgemeinen Bestimmungen)

A Bei Invalidität

- Invalidenrente

Die Invalidenrente ist in den Vorsorgeplänen BR, CR und IR versicherbar.

Die Invalidenrente wird zusammen mit der Invalidenrente der IV fällig, frühestens aber nach Erschöpfung allfälliger Ansprüche aus der Taggeldversicherung, die vom Arbeitgeber mindestens zur Hälfte mitfinanziert wurde und mindestens 80% des entgangenen Verdienstes ausweist. Die Leistungen der Unfallversicherung gemäss UVG gehen grundsätzlich vor. Die Wartefrist beträgt 24 Monate. Die Invalidenrente erlischt, wenn der Invaliditätsgrad weniger als 40% beträgt bzw. mit dem Erreichen des Pensionsalters bzw. mit dem Tod der versicherten Person.

Die Höhe der Invalidenrente beträgt 40% des versicherten Lohnes. Die Invalidenrente wird wahlweise auch bei unfallbedingter Invalidität fällig.

- Invaliden-Kinderrente

Die Invaliden-Kinderrente ist im Vorsorgeplan BR versicherbar.

Die Invaliden-Kinderrente wird zusammen mit der Invalidenrente fällig, sofern die versicherte Person Kinder hat, welche einen entsprechenden Anspruch begründen. Die Wartefrist beträgt 24 Monate.

Die Höhe der Invaliden-Kinderrente entspricht pro Kind 20% der Invalidenrente. Die Invaliden-Kinderrente wird wahlweise auch bei unfallbedingter Invalidität fällig.

- Befreiung von der Beitragszahlung

Die Befreiung von der Beitragszahlung ist in den Vorsorgeplänen BR, CR und IR versichert.

Befreiung von der Beitragszahlung tritt ein nach einer Dauer der Arbeitsunfähigkeit von 3 Monaten.

Die Wartefrist beginnt grundsätzlich für jede Arbeitsunfähigkeit von neuem. Beim erneuten Auftreten einer Arbeitsunfähigkeit aus gleicher Ursache (Rückfall) innert eines Jahres werden hingegen die Tage der früheren Arbeitsunfähigkeit an die Wartefrist angerechnet. Allfällig in der Zwischenzeit erfolgte Leistungsänderungen werden in solchen Fällen rückgängig gemacht.

Die Befreiung von der Beitragszahlung erfolgt in jedem Fall auch bei Arbeitsunfähigkeit.

B Im Todesfall

- Todesfallkapital

Das Todesfallkapital ist in den Vorsorgeplänen BR und CR versicherbar.

Das Todesfallkapital wird fällig, wenn die versicherte Person vor Erreichen des Pensionsalters stirbt.

Die Höhe des Todesfallkapitals beträgt 300% des versicherten Lohnes und vermindert sich ab Alter 46 (Männer) bzw. 45 (Frauen) jährlich um 15% des versicherten Lohnes.

Das im Zeitpunkt des Todes vorhandene Todesfallkapital wird wahlweise auch bei unfallbedingtem Todesfall fällig.

- **Waisenrente**

Die Waisenrente ist im Vorsorgeplan BR versicherbar.

Die Waisenrente wird fällig, wenn eine versicherte Person stirbt und anspruchsberechtigte Kinder hinterlässt. Im Übrigen richtet sich die Anspruchsbegründung nach Ziff. 7 der Allgemeinen Bestimmungen.

Die Höhe der Waisenrente entspricht pro Kind 20% der Invalidenrente. Die fällig werdende Waisenrente wird wahlweise auch bei unfallbedingtem Tod der versicherten Person fällig.

4. Finanzierung

(vgl. Ziff. 11 der Allgemeinen Bestimmungen)

Jährlicher Beitrag

Die Höhe der Beiträge (Beitragsordnung) wird unter Berücksichtigung des tatsächlichen Vorsorgeaufwandes festgelegt und den Mitgliedfirmen in geeigneter Form mitgeteilt.

Die Beiträge gehen je zur Hälfte zu Lasten des Arbeitgebers und der versicherten Person. Eine für die versicherte Person günstigere Aufteilung ist zulässig.

Bei Mitversicherung des Unfallrisikos bei den Hinterlassenen- und Invalidenrenten erhöhen sich die Beitragssätze entsprechend (vgl. Beitragsordnung).